



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1918

235 (23.5.1918) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-181018](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-181018)

Rühmann über den Friedensschluss mit Rumänien.

Berlin, 22. Mai. (W.B. Nichtamtlich.) Die Handelskammer zu Berlin hatte für heute Abend zu einer Sitzung Einladungen ergehen lassen, zu der der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. v. Rühmann, einen Vortrag über den rumänischen Frieden gehalten hätte. Der Festsaal der Handelskammer war bis auf den letzten Platz gefüllt. Rechts und links vom Rednerpult saßen die Ehrengäste der Kammer. Das Präsidium der Handelskammer empfing den Staatssekretär am Portal und geleitete ihn in den Festsaal, wo er rechts vom Rednerpult zwischen dem Präsidenten, Herrn Franz v. Mendelssohn, und dem Vizepräsidenten, Geh. Kommerzienrat Kopecky, Platz nahm.

Herr v. Mendelssohn begrüßte den Staatssekretär und die übrigen Gäste und sprach seine besondere Freude darüber aus, daß die erste öffentliche Kundgebung des um die Friedenssache hochverdienten Staatssekretärs zum Ruhmann zum Friedensschluss mit Rumänien vor der größten wirtschaftlichen Körperschaft der Reichshauptstadt erfolgte.

Darauf nahm der Staatssekretär das Wort und führte in längerem Vortrage zunächst aus, in welcher glänzender wirtschaftlicher Lage sich Rumänien, dank eines unerhörten raschen Aufstieges vor dem Kriege, befunden habe. Er schilderte sodann die politischen Ideen, mit denen die rumänische Regierung nach einer verlogenen, in allen Einzelheiten unabtätigen Neutralität das Volk in den schledt vorbereiteten Krieg geführt habe. Es war der Traum eines Kaiserreiches Dacia, was seine Balkanmacht von 12-14 Millionen Seelen werden könnte. Das rumänische Volk habe sich teils widerwillig, teils apathisch treiben lassen.

Die weiteren Erörterungen des Staatssekretärs wendeten sich den Fragen des Friedensschlusses zu, deren Komplexität sich schon daraus erwie, daß es sich um den Abschluss eines Koalitionsfriedens handelte. In diesem Zusammenhang besprach der Redner die Dobrußafrage und die österreichisch-ungarische Grenzberichtigung und legte dar, wie für Deutschland der ganzen geographischen Lage nach territoriale Wünsche nicht in Frage kommen konnten. Dagegen wären bedeutende wirtschaftliche Vorteile gewonnen worden. Festgelegt sind die ausgiebige Benutzung des Donauweges, der ungehemmte Verkehr auf den Bahnen, der gesicherte Durchgangsverkehr der Kabel und Telegraphen. Ebenso sind die nötigen Garantien geschaffen, daß von Cerealien wie anderen Naturprodukten und Delezeugnissen Rumänien alles herbeigebe und liefern, was es herauszugeben und zu liefern imstande sei. Außerdem sei zwar eine Kriegsschuldigung in barem Gelde nicht verlangt worden. Die Entschädigungen, die Rumänien aus Rechtsverträgen und verschiedenen anderen Zusatzverträgen zu zahlen habe, belaufe sich aber auf recht erhebliche Summen.

Die Verhandlungen in Bukarest wurden im engsten Einvernehmen mit den Verbündeten, besonders natürlich mit Österreich-Ungarn, geführt und eine Verständigung und ein Zusammenarbeiten wären auch ferner die Grundlagen einer erfolgreichen deutschen Wirtschaftspolitik auf dem Balkan und darüber hinaus.

Der Staatssekretär schloß sodann mit einem Ausblick auf unsere weltwirtschaftliche Zukunft. Alle Bestrebungen zur festeren Verknüpfung auf dem europäischen Kontinent werden dem deutschen Handel nur Sporn und Anstoß sein hinzutreten an das Urelement eines großen und wirklich freien Handels, das freie Meer und es ist ein bleibendes Verdienst Kaiser Wilhelms II., die deutsche Nation schon früh nachdrücklich darauf hingewiesen zu haben.

Die Versammlung nahm die Ausführungen des Staatssekretärs mit lebhaftem Beifall auf. Der Präsident der Handelskammer gab dem Dank der Anwesenden mit herzlichen Worten Ausdruck.

Die Lage im Osten.

Finnland auf dem Wege zur Monarchie.

Berlin, 23. Mai. (Von unserem Berliner Büro.) Man hat die Ernennung des Herrn Spinhusud zum Reichsverweser vielfach als einen Sieg der republikanischen Strömungen in Finnland aufgefaßt. Das ist, wie wir von finnlandischer Seite hören, nicht der Fall. Vielmehr soll, wie man uns versichert, diese Ernennung gerade den Weg Finnlands zur Monarchie bereiten helfen. Man hat sich dabei auf ein altes schwedisches Gesetz aus dem Jahre 1772 gestützt, das für den Fall, daß der Monarch gezwungen ist, längere Zeit außer Landes zu bleiben, die Einsetzung eines Reichsverwesers vorsieht. Herr Spinhusud soll demnach nur als Platzhalter fungieren. Für wen, bleibt daneben immer noch die Frage. Ganz ausgeschlossen ist — und das sind wir geneigt, außen- wie innenpolitisch für ein Glück zu halten — nach unserem Bewusstsein die Kandidatur eines preussischen Prinzen. Als Favorit gilt noch wie vor Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg. In zweiter Reihe denkt man an einen schwedischen Prinzen, doch sind die schwedischen Sympathien, was nicht ganz unverständlich ist, in Finnland stark abgeklaut.

Der hiesige finnlandische Gesandte Hjeit und Professor Sicarius begeben sich dieser Tage zur Vertragschließung nach Wien.

Das Wirtschaftsabkommen mit der Schweiz abgeschlossen.

Berlin, 23. Mai. (Von unserem Berliner Büro.) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt an der Spitze ihres heutigen Morgenblattes offiziös: Das Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz wurde heute unter dem Vorbehalt der Ratifizierung durch die beteiligten Regierungen abgeschlossen. Von deutscher Seite wird mit großer Befriedigung festgestellt, daß es trotz mancher Schwierigkeiten und trotz allen feindlichen Störungsversuchen gelang, eine befriedigende Lösung zu finden, welche den deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverkehr wiederum für längere Zeit auf eine solide Grundlage stellt. Das Abkommen ist entstanden aus dem Bestreben, das die beiden befreundeten Völker seit Beginn befolgt haben, zwischen den beiderseitigen dringendsten Interessen einen friedlichen Ausgleich zu finden.

Der Rückzug Frankreichs.

Genève, 22. Mai. (W.B. Nichtamtlich.) Amtliche Mitteilung des Bundesrates. Minister Dunant, Professor Lauer und Nationalrat Rossmann kamen Sonntag Nachmittag in Bern an und erhielten dem Bundesrat sofort Bericht. Die Reise der Delegierten diente dem Zweck, den schweizerischen Gesandten in Paris über die gesamte Sachlage aufzuklären und ihn zu ermöglichen, in voller Kenntnis der Dinge zu handeln. In den Besprechungen, die dem schweizerischen Gesandten zunächst von Ribon, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, und am gleichen Tage von dem

Ministerpräsidenten Monrocan in Anwesenheit der Minister Sion, Lodeux und Rebrun, sowie des französischen Botschafters in Bern, Tulasio, gewährt wurden, konnte Dunant dem in die Verhandlungen entgegenkommen, die jeden Grund zur Unruhe beseitigen. Die französische Regierung sei, wurde ihm erklärt, getreue den Wünschen unserer schweizerischen Freundschaft, welche die beiden Länder verbinden, und nur von dem Wunsch beiseite, der Schweiz in ihrer schweizerischen Lage beizubehalten. Frankreich wolle allerdings, daß die Schweiz mit Hilfe der bekannten Offerte von 85000 Tonnen französischer Kohle vollständig von jeder Erweiterung der Kohlenkontrolle, und zwar auch von jeder eventuellen Vorkehrung über eine weitere Einschränkung in der Verwendung deutscher Kohle befreit werde. Die französische Regierung habe aber nie daran gedacht, unserem Lande Schwierigkeiten zu machen oder gar durch wirtschaftliche Maßnahmen die Lage der Schweiz zu erschweren, wenn diese dazu kommen sollte, eine andere Lösung anzunehmen. Frankreich sei in der ganzen Angelegenheit nur von dem Wunsche geleitet, der Schweiz einen Dienst zu erweisen.

Von diesen Erwägungen ausgehend, erklärte der Ministerpräsident unserm Gesandten, daß Frankreich sein Angebot zur Lieferung von 85000 Tonnen Kohle zu Fra. 150.— franco Schweizer Grenze auch jetzt noch aufrecht erhalte, allerdings in der Meinung, daß die Kohlenlieferung Frankreichs in gar keine Beziehung zu den deutschen Lieferungen steht und in dem Übereinkommen mit Deutschland garnicht erwähnt werde. Der Ministerpräsident eröffnete unserm Gesandten weiter, daß, wenn die Schweiz in die Lage komme, eine andere Lösung anzunehmen, Frankreich bereit sei, der Schweiz Quantitäten von Kohle zu liefern, die für die Versorgung der für die Entente-Länder arbeitenden Fabriken notwendig seien.

Der Schweizer Gesandte dankte für diese Erklärung des französischen Ministerpräsidenten, die ein neuer Beweis der freundschaftlichen Gesinnung der französischen Regierung für die Schweiz sei, auswärts. Der Bundesrat hält darauf, sich diesem Danke auch an dieser Stelle ausdrücklich anzuschließen. Die Lage, der sich der Bundesrat anlässlich der Lösung der ihm obliegenden Fragen gegenübergestellt sah, war folgende: Die französische Regierung hielt ihre Offerte von 85000 Tonnen Kohle monatlich, angeboten ohne irgendwelche Kompensationen, aufrecht. Aber die Offerte hatte nach den Intentionen der französischen Regierung keine Berechtigung mehr und fiel infolgedessen dahin, wenn der Bundesrat im Prinzip oder auch nur eventuell zuließ, daß die für das eigentliche Kriegsmaterial bereits bestehende Kontrolle auf andere Exportware ausgedehnt würde, die mit deutscher Kohle hergestellt worden. Die französische Regierung erklärte indessen, daß sie der schweizerischen Industrie, soweit sie für die Entente-Länder arbeite, über die behauerlichen Folgen der Einschränkungen in der Kohlenverwendung hinwegsehen wolle, wenn die Schweiz die von Deutschland verlangte Kohlenkontrolle nicht akzeptiere.

Zu diesem Zweck werde die französische Regierung diejenigen Kohlenmengen liefern, die für die Herstellung der für die Entente-Länder bestimmten Waren notwendig sind. Die deutsche Regierung war bereit, auf jede weitere Ausdehnung der Kohlenkontrolle zu verzichten, aber sie machte den Verzicht davon abhängig, daß die Schweiz aus den Entente-Ländern ein Quantum Kohle einführe, das nicht wesentlich unter 85000 Tonnen im Monat stehe. Für den Fall, daß diese Kohlenmengen nicht tatsächlich eingeführt werden, verlangte die deutsche Regierung die Wiedereinführung der Kontrolle.

Dabei hatte sie indessen die Meinung, daß die Kontrolle sich darauf beschränke, festzustellen, daß die ihr unterworfenen Objekte nicht mit deutscher Kohle hergestellt wurden. Soweit solche Objekte mit der aus dem Ententegebiet oder aus der Schweiz stammenden Kohle hergestellt werden, können sie somit ohne irgendwelche Schwierigkeiten aus der Schweiz ausgeführt werden. Aber auch diese Kontrolle soll erst nach dem 15. Juli in Kraft treten.

Der Bundesrat konnte die vorliegenden Schwierigkeiten nur dann in einer den wirtschaftlichen Rücksichten der Schweiz entsprechenden Weise erlösen, wenn er eine Lösung suchte, die mit den von ihm und seinen Verbündeten erklärungen verträglich sei. Die Möglichkeit auf die Bundesversorgung mit Kohle und Eisen und anderen Waren erlaubt der Schweiz nicht, auf den Abschluss des Abkommens mit Deutschland zu verzichten, welches übrigens in mehrwöchentlicher Arbeit vorbereitet war und zu dem nur noch die Unterchriften fehlten. Ueberhaupt birgt der vertraglose Zustand Gefahren für die wirtschaftliche Sicherheit des Landes in sich. Ueberdies nahm die Schweiz auf den Wunsch der einen oder anderen kriegführenden Gruppen bereits Kontrollpflichten auf sich, die der verlangten Kohlenkontrolle ähnlich sind und ihr entsprechen. Dies hörte indessen in dem Augenblick auf für die schweizerische Industrie eine gefährliche Beschränkung zu sein, wo Frankreich der Schweiz die nötigen Kohlenmengen zur Verfügung stellte, um die der Kohlenkontrolle unterworfenen, für die Länder der Entente bestimmten Waren herzustellen.

Endlich muß noch hervorgehoben werden, daß es sich nicht um eine fremde Kontrolle, sondern um eine schweizerische handelt, die ausschließlich durch schweizerische und einzig dem Bundesrat verantwortliche Organe ausgeübt wird. In der Sitzung vom 21. Mai ermächtigte der Bundesrat daher seine Unterhändler den Entwurf des schweizerisch-deutschen Wirtschaftsabkommens zu unterzeichnen. Dieses Abkommen wird keine Klausel mehr enthalten, die sich auf Kohlenlieferungen aus Deutschland und den feindlichen Ländern bezieht. Am 16. Mai ließ die deutsche Regierung den Bundesrat bereits wissen, daß sie trotz der Verschlebung der Unterzeichnung der Schweiz keine Schwierigkeiten mache und in der Zwischenzeit die Kohlenlieferungen fortsetzen werde. Dank diesem freundschaftlichen Verhalten war es möglich, alle in Betracht kommenden Fragen gründlich zu prüfen und zur Unterzeichnung des Abkommens erst dann zu schreiten, wenn alle Mißverständnisse, die sich von der einen oder anderen Seite hätten ergeben können, ausgeschlossen waren.

Kaiser Karl in Konstantinopel.

Konstantinopel, 21. Mai. (W.B. Nichtamtlich.) Gestern Abend fand in der österreichisch-ungarischen Botschaft zu Ehren des Kaiserpaars ein Diner statt, an dem auch das Gesolge des Kaiserpaars und die Herren des türkischen Ehrenbienstes teilnahmen. Nach dem Diner fuhr das Kaiserpaar nach dem Daima Bagdise-Palais, um sich vom Sultan zu verabschieden. Hierauf wurde im Salawagen die Fahrt zum Bahnhof angetreten. Am Eingang zum Bahnhof wurde das Kaiserpaar und der Sultan vom Prinzen-Thronfolger, den übrigen kaiserlichen Prinzen, dem Großwesir, dem Khediven und den Ministern empfangen. Der Kaiser sprach lange mit dem Großwesir und begrüßte dann ebenso wie die Kaiserin alle erschienenen Würdenträger, die Herren der Botschaft und die deutschen und die österreichisch-ungarischen Offiziere. Der Sultan geleitete das Herrscherpaar bis zum Waggon, wo in herzlichster Weise die Verabschiedung erfolgte. Um 10 Uhr abends verließ der Hofzug den Bahnhof.

Ein Trinkspruch des Königs von Bulgarien.

Sofia, 21. Mai. (W.B. Nichtamtlich.) Bei dem Festmahl am Sonntag im bulgarischen Hauptquartier ergiff nach der Ansprache des Generalissimus Schelew und der Antwort des Kaisers und Königs Karl auch König Ferdinand das Wort zu folgendem Trinkspruch:

„Für L. u. L. apostolische Majestät! Es ist mir eine wahre Freude, Euer L. u. L. apostolische Majestät heute im Standort des bulgarischen Hauptquartiers inmitten der Offiziere meiner Armee begrüßen zu können. Der Wunsch, den Euer Majestät unserm Hauptquartier abzustatten die Liebdenwürdigkeit hatten, gereicht mir und meiner Armee zu besonderer Genugung, um so mehr, da wir in Euer Majestät den Chef meines 5. Donau-Infanterieregimentes nunmehr auch in engerem Sinne als einen der Anführer erblicken. Doch Euer Majestät neuerlich die Güte hatten, mich durch die Verehrung der Inhaberschaft höchster schonen Feld-Artillerie-Regiments No. 60 auszuzeichnen, und dadurch die Bande, die mich seit einer Reihe von Jahren mit der L. und L. Beherrsch-

ern verknüpfen, noch fester gestalten, erfüllt mich mit inniger Freude und Dankbarkeit. Die herrlichen Taten, die Euer Majestät hervorbringende Truppen im Vereine mit unseren treuen Verbündeten auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen, insbesondere auf dem Balkan, vollbracht haben, werden für alle Zeiten in der Kriegsgeschichte ein Ruhmesblatt bilden. Indem ich den Allmächtigen bitte, daß er uns fernerhin in dem uns auferlegten Kampfe beistehen und denselben einem glücklichen Ende entgegenführen möge, danke ich Euer Majestät im Namen meines Heeres für die hohe Ehre des Besuches und erhebe mein Glas auf den Namen der herrlichen österreichisch-ungarischen Truppen und ihrer tapfern Führer.“

Sofia, 21. Mai. (W.B. Nichtamtlich.) Den Blättern zufolge haben Abgesandte der Dobrußa am 18. Mai den Kaiser und König Karl durch Vermittlung des Ministers des Auswärtigen Grafen Burian ein Memorandum des Nationalrats von Babadagh überreicht, worin sie ihrem Wunsche nach der Vereinigung der ganzen Dobrußa mit Bulgarien Ausdruck geben. Das Memorandum war von einer Adresse an den Monarchen begleitet.

Deutsches Reich.

Erzberger.

Berlin, 23. Mai. (Von unserem Berliner Büro.) In einer Sonderbeilage der Germania setzt sich Herr Matthias Erzberger in fünf längspoligen mit seinen Anhängern in der königlichen Volkszeitung auseinander. Herr Erzberger meint, es handle sich letzten Endes um die Frage, ob Macht und Recht im Zusammenleben der Völker Leistung und Rücksicht sein sollen. Die königliche Volkszeitung sei innerhalb der Zentrumsparlei die ausgesprochene Vertreterin der Machtspolitik. Diese Kriegszielpolitik der königlichen Volkszeitung werde er immer und bei jeder Gelegenheit mit allem Nachdruck bekämpfen, da er sie als ein Unglück für Deutschland und die Welt ansehe. Es käme darauf an, den politischen Ring, der sich um Deutschland gelegt hätte, zu sprengen, aber nicht Friedensschlüsse zu vereinbaren und anzustreben, die unweigerlich neue Kriege hervorzurufen müßten. Ein Anfang mit der Sprengung dieses Rings sei in dem Friedensvertrag mit der Ukraine gemacht worden. Leider sei dieser Grundstich in der Praxis dann hinterher verjastet worden. Die Behandlung der Völker in den von Russland losgelassenen Randstaaten ließe noch immer nicht sichtbar erkennen, daß es sich darum handle, ein freundschaftliches Zusammenarbeiten mit dem Deutschen Reich herbeizuführen. Hier exemplifizierte Herr Erzberger auf Polen und Litauen, gegen dessen Zusammenzwingung mit Sachsen Herr Erzberger sich übrigens mit guten Gründen, ausspricht.

Der Schluss des langen Geredes ist eine Apotheose der Friedensresolution vom 19. Juli, von der Herr Erzberger auch heute noch behauptet, sie wäre eine höchst verdienstvolle und segensreiche Tat gewesen.

Badische Politik.

Frühjahrsversammlung der Ev. Konferenz.

Karlsruhe, 22. Mai. Die Evangelische Konferenz, die Organisation der kirchlich-politischen Protestanten Baden, hielt heute Vormittag im evangelischen Vereinshaus unter dem Vorsitz von Stadtpfarrer Wurtz-Breiten ihre Frühjahrsversammlung ab. Nach einer von Stadtpfarrer Kullwein in Karlsruhe gehaltenen Ansprache erstattete Stadtpfarrer Wurtz den Jahresbericht und verlas dann auf die im Herbst zusammengetretene General-Synode und ihre Aufgaben. Von diesen sind u. a. sprachen eine Anzahl Verfassungsfragen. Es geht eine Entscheidung dahin, die General-Synode statt alle 5 Jahre alle 4 Jahre einzuberufen. Dem Synodalausschuss soll, nach einem Antrag des Vorsitzhalters, mehr Selbständigkeit verliehen werden. Es soll werden werden, daß die Kirche parlamentarisiert wird und die General-Synode Kirchenrat wird. Ferner ist es genehmigt, daß der Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen als Pflichtfach eingeführt werde, bestehend habe allerdings, daß zwei politische konfessionelle Abgeordnete dagegen stimmen haben. Bei der Einführung des Religionsunterrichts in der Fortbildungsschule werde es genügt Schwierigkeiten geben, es werden auch der Kirche Kosten auferlegt werden. In ständiger und in religiöser Hinsicht hat der Krieg nicht viel Erreichtes gebracht. In kirchlich-politischer Hinsicht müsse darauf geachtet werden, daß die Evangelischen nicht zurückgedrängt werden.

Stadtpfarrer Hofmeier, Griesheim hielt einen Vortrag über „Aufgaben unserer Kirche nach dem Kriege“. Der Redner führte aus, daß nach dem Kriege der sonnigste Gottesdienst, wie bisher, im Mittelpunkt der Arbeit der Kirche stehen soll. Die Kirche müsse sich in lebendiger Führung halten in den Geschicknissen der Zeit; der Charakter der Freiheit müsse orientiert werden und dem Charakter und den Bedürfnissen der Gemeinde. Gemäß dürfte die Freiheit nicht zu einem apologetischen Vortrag werden, aber man könne ihn einen apologetischen Einschlag geben. Neben einer formalen Rednerberufung seien Bibelbesprechungsstunden notwendig und apologetische Vorträge, wobei Kirche und Umwelt zusammenwirken müßten. Auf dem Gebiete der Jugend-erziehung seien die Ideen einer Ellen Key durch den Krieg überwinden. Das Renascieren religiöser Formkreise habe sich bemerkbar gemacht. Die Einführung des Religionsunterrichts in der Fortbildungsschule. Freilich erwachte den Geistlichen dadurch eine schwere Arbeit und sei zu wissen, ob man nicht wieder das Amt der Katholiken einführen solle. Herr Hofmeier trat für die Gründung christlich-vaterländischer Männervereine, neben den bereits bestehenden Jungmänner- und Männervereinen ein, für die Schaffung eines Kriegsgedenktages, als Friedensfeier oder als Gedenksfeier für die Gefallenen, für die Beachtung der sozialen Fragen, für die Geltendmachung des christlichen Geistes in der Presse (Ev. Precherband), für eine Förderung der Gemeindeglieder und für die Heranziehung neuer Arbeitskräfte für die Kirche. Die Konferenz beschloß hierauf, dem evangelischen Studienstudienverein für Baden einen Jahresbeitrag von 2000 Mark zuzuwenden, dem Ev. Precherband 20 Mark, die Konfessionsschülervereine sollen gefördert werden, und dem Vorstand wurde anbeimgesprochen, auf den ihm zuzuwenden Geldern einen Beitrag dem Melanchthoneverein zuzuwenden. Herr Hofmeier dankte für die Beschlüsse über den Studienstudienverein, Geh. Kirchenrat Dr. Lemmer, Heidelberg über das Theologische Studienheim in Heidelberg, das im Oktober mit 6 Studenten eröffnet werden soll. Nachmittags hielt Stadtpfarrer Grünberg-Griesheim einen Vortrag über „Zuge und Zukunft der evangelischen Kirche in Griesheim-Karlsruhe“.

Die Erziehung im 43. Landtagswahlbezirk.

Karlsruhe, 23. Mai. (Fr. Tel.) Die Sozialdemokraten stellen für die durch den Tod Kolbs notwendig gewordene Erziehung im 43. badischen Landtagswahlbezirk den Redakteur Weichmann aus Freiburg als Kandidaten auf. Weichmann ist im Jahre 1871 in Eichenbach in Bayern geboren. Er widmete sich zunächst dem Schriftgelehrerberuf und wurde dann vor 20 Jahren Redakteur in sozialdemokratischen Blättern. Sechs Jahre davon war er Redakteur im „Volkswacht“ in Karlsruhe, sieben Jahre in der „Volkswacht“ in Freiburg. In Karlsruhe gehörte er auch dem Stadtverordnetenkollegium an.

Amsterdam, 22. Mai. (W.B. Nichtamtlich.) „Allgemein Handelsblatt“ meldet aus London: Es ist einigermaßen wahrscheinlich, daß die irischen Nationalisten bald nach Westminster zurückkehren werden. Es bestand, so wird erzählt, niemals die Absicht, den Gang vom Parlament abzufordern. Das würde Stimmverlust bedeuten und die Aufspaltung der wichtigsten Interessen des irischen Volkes bedeuten. Man wollte allein gegen den Versuch, Irland Dienstpflicht aufzuerlegen, protestieren, als man sich zurückzog.

Zukunft befindet, wohlverdienten Beifall. Was er hier an seinem musikalischen Genuss brachte, war jedes großen Konzerts würdig.

Die Sprengung von Blindgängern. Wir machen darauf aufmerksam, daß von heute ab Sprengungen von Blindgängern stattfinden.

Rekrutenaushebung und Heidenzucht. Von der Kommission der Rheinländer Abfallerwerbungs wird uns geschrieben: Unser Aufzug im Anfang des Jahres hat den reichen Erfolg gehabt, daß 120 Rekrutenaushebungen schon wachfähige Rekruten aller Klassen zur Aufzucht übergeben werden konnten.

Nicht identisch ist, wie wir auf Wunsch feststellen, Herr Regierungsrat Albert Krambruster, T. A. 7 mit dem Regierungsrat Josef Krambruster, von dessen Verurteilung durch das Schöffengericht in dem Dienstblatt Mittelteil machte.

Poliyerbericht vom 23. Mai.

Leichenführung. In der Nähe des neuen Krankenhauses wurde am 21. d. Mts., mittags, die Leiche des 8½ Jahre alten Erich Gafani, wohnhaft gewesen Waldhölzer, 4, welcher offenbar beim Baden im Neckar ertrunken ist, gefahndet und auf den Friedhof verbracht.

Tödtlicher Unglücksfall. Am 7. d. Mts., des 64 Jahre alte Hilfsbeamte Hermann Bergner, wohnhaft S. 6, 7, auf dem Gehweg des Hauses S. 2, 7 an der Lorenzstraße vorübergehend wurde er von der Dachspeer eines im gleichen Augenblick aus diesem Hause herausfahrenden Wagens gegen die linke Brustseite getroffen.

Spielplan des Groß- Hof- u. National-Theaters Mannheim

Table with columns for Hof-Theater and Neues Theater. Dates include 23. Mai Donnerstag, 24. Mai Freitag, 25. Mai Samstag, and 26. Mai Sonntag. Shows include 'Der Barock von Sevilla', 'Gastspiel Solenne Margrethe', 'Medea', and 'Othello'.

Aus Ludwigshafen.

Schwere Einbrüche. Vergangene Nacht 11 Uhr wurde in das Warenlager Wals in der Ludwigstraße eingebrochen, und aus einem Schrank eine größere Partie goldener Perlen- und Diamanten, sowie Perlen- und Damen-Brillantringe gestohlen.

Die pfälzische Sattler- und Tapezierer-Gesellschaft hielt letzthin unter dem Vorsitz von Saml. Zweibrücken in Ludwigshafen ihre diesjährige Generalversammlung ab.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Deidesheim, 17. Mai. Einen überaus guten Verlauf nahm das Weinlesegebot des Herrn Georg August Köhler und Josef Kraemer, Weinbesitzer in Forth.

Stadt; auch dieser wurde bald wieder zum Abzug genötigt, eroberte aber 1635 Stadt und Schloß zum zweitenmal.

Inzwischen war der Schwedenkönig in der herrlichen Schlacht bei Alzen auf seinem Feldzug nach dem Rhein von Herzog Bernhard von Weimar, war in der fürchterlich blutigen Schlacht von Kirchlingen entscheidend geschlagen worden.

heilmer Erdner Riesling 15 100, Forster Schnepfenflug 15 000, Schnepfenflug Riesling 15 000, S. 14 600, Schnepfenflug 14 200, Gfeller Riesling 20 200, Deidesheimer StraÙe 13 000, Forster Schnepfenflug Riesling 20 000, S. 4 und Alzenburg 15 000, Berg Riesling Auslese 20 300, Deidesheimer StraÙe und Forster Waldhölzer 17 700, Forster Waldhölzer 15 100, Deidesheimer Pflanzhöhe Riesling Auslese 21 200, Forster Fledinger Riesling Auslese 15 400, Rutenberg Riesling Auslese 23 500, Fledinger Auslese 14 200, Langenbühl Riesling Auslese 22 600, Ungeheuer Riesling Auslese 26 700, Langenbühl und Ungeheuer Riesling Auslese 19 100, Reiffing Riesling Auslese 20 800, Beshlein Riesling Auslese 28 100, Langenbühl Riesling Auslese 16 100, Stiff Gewürztraminer Auslese 25 000, 27 000 Markt. Erlös 432 240 Markt.

Gerichtszeitung.

Zweibrücken, 23. Mai. Die Strafkammer verurteilte den Kaufmann Heinrich Cahu aus Leipzig, früherer Gesellschafter der Lederverwertungsgesellschaft Münchener a. R. wegen eines Vergehens nach Art. 3 § 4 der Bundesstrafgesetzbuch vom 17. März 1917 (unrechtmäßiger Kriegsbeitrag) zu fünftausend Mark Geldstrafe oder fünfhundert Tagen Gefängnis.

Frankfurt 21. Mai. Das Schöffengericht hatte den Geschäftsführer eines großen Hotels wegen Preiswunders zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt, weil in dem Hotel ein Gast für eine Importgarne, die das Hotel im Einkauf 4,50 Markt kostete, 9 Markt hatte bezahlen müssen.

Südwestdeutschland in der Uebergangswirtschaft.

Für die von der Vereinigung südwestdeutscher Handelskammern auf Sonntag, den 25. Mai, nachmittags 3 Uhr, in den Bürgerhof des Rathauses in Frankfurt a. M. einberufene öffentliche Versammlung aus dem gesamten südwestdeutschen Wirtschaftsgebiet (35 Handelskammerbezirke) zeigt sich reges Interesse.

Letzte Meldungen.

Bevorstehende Requirierung weiterer 500 000 Tonnen Schiffsraums für die Entente.

c. Von der schweizerischen Grenze, 23. Mai. (Pr.-Tel. g. R.) Daily Mail zufolge steht die Requirierung von weiteren 500 000 Tonnen bisher neutralen Schiffsraums für die Entente unmittelbar bevor.

Die nationalen irischen Landesvereine in Frankreich auf Veranlassung Englands geschlossen.

c. Von der schweizerischen Grenze, 23. Mai. (Pr.-Tel. g. R.) „Secolo“ meldet aus Paris: Auf Veranlassung der englischen Regierung wurden die nationalen irischen Landesvereine in Paris und übrigen französischen Städten geschlossen.

Zur Veröffentlichung des offenen Briefes des Grafen Hoensbroech.

m. Köln, 23. Mai. (Pr.-Tel.) Zu der Veröffentlichung des offenen Briefes des Grafen Hoensbroech erhält die „Allgemeine Volkszeitung“ vom Reichsrat der Krone Bayerns Dr. von Bühl in Deidesheim in der Pfalz folgenden dröhnlichen Einspruch:

Durchbringen von dem Gefühl, daß der Friede unter den Besten und ihr freundliches Zusammenarbeiten im Dienste des Vaterlandes zu den wichtigsten Eigenschaften dieser großen Zeit gehört, legen meine Freunde und ich Verwahrung ein gegen die Erneuerung kulturkämpferischen Geistes durch den offenen Brief des Grafen von Hoensbroech an den Reichsminister, zumal jeder Bayer weiß, daß die ganze politische Tätigkeit des Grafen Herling stets vom vaterländischen Geiste getragen war.

Hierzu bemerkt das Blatt: Wir sind davon überzeugt, daß alle vaterländisch gesinnten Kreise im gleichen Geiste wie Reichsrat von entsehrlichen Zustände aus unmittelbarer Anschauung beschreibt; diese Chronik war im Herr-Walds im Groß-Bieberau aufbewahrt, woraus sie H. Dr. Dieß veröffentlicht hat.

aus dem Mannheimer Kunstleben. Institut für höheres Klavierpiel und Seminar. Instrumental- und Gesangschor in Mannheim. Direktor: Fr. Hädel.

Philharmonischer Verein. Die Persönlichkeit Willem Mengelbergs, des Dirigenten der Sinfonie, den 36. Mai im Rabelungausaal zur Aufführung gelangenden II. Sinfonie von Gustav Mahler, bedarf, da er erstmals hier seine Direktionstätigkeit ausübt, einer besonderen Bekanntschaft.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Mai. Tabelle mit Spalten für Stationen und Daten.

Wetter-Aussichten für mehrere Tage im Voraus. Tabelle mit Spalten für Stationen und Daten.

Bühl den offenen Brief des Grafen Hoensbroech an den gegenwärtigen Reichsminister einhellig juridizieren und in dieser Schrift eine höchst bewundernde Erklärung des konfessionellen Zusammenhaltens unseres Volkes in so schwerer Zeit erbilden.

m. Köln, 23. Mai. (Pr.-Tel.) Wie die Balkenagentur meldet, wird Blechanow beschuldigt, im Einvernehmen mit Rijkusow, dem Führer der Rabatten, eine Gegenrevolution geplant zu haben.

m. Köln, 23. Mai. (Pr.-Tel.) Die „Allgemeine Volkszeitung“ meldet aus Amsterdam: Aus dem Haag wird unterm 23. Mai gemeldet: Der holländische Gesandte in Washington, Philipp, ist zurückgekehrt.

m. Köln, 23. Mai. (Pr.-Tel.) Die „Allgemeine Volkszeitung“ meldet aus Basel: Der Grenzvertrag dieses Jahres wird laut Erfolg der italienischen Regierung sofort beschleunigt werden.

Handel und Industrie.

H. Schilck & Co., A.-G., Hamburg und Mannheim.

Der Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1917 gedenkt einleitend mit ehrenvollen Worten des Hiesigen des Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Herrn Ernst Bassermann, und in trauerlicher Erinnerung im Dienste des Vaterlandes gefallenen Beamten und Arbeiter, um dann auszuführen: Das verflozene 9. Geschäftsjahr unserer Gesellschaft bietet zu besonderen Bemerkungen keinen Anlaß.

Nach der Jahresrechnung am 31. Dezember 1917 haben sich einerseits die Gläubigerforderungen von 4 891 186,06 M. auf 5 158 332,06 M., andererseits die Außenstände von 3 472 657,91 M. auf 3 805 767,56 M. erhöht.

Deutsche Maschinenfabrik A.-G. in Dalsburg.

Bei starker Beschäftigung und voller Ausnutzung aller vorhandenen und neu hinzu gekommenen Betriebsanlagen konnte dem Geschäftsbericht für 1917 zufolge die Leistungsfähigkeit des Betriebes wesentlich gesteigert, das Aktienkapital fast neu neu angelegt und ein trotz der wachsenden Schwierigkeiten und erhöhten Selbstkosten gesteigertes Ertragnis erzielt werden.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt a. M., 22. Mai. Abendbörse. Das Geschäft blieb an der Abendbörse ziemlich lebhaft und die Aufwärtsbewegung einzelner Industriaktien machte weitere Fortschritte.

Zürcher Devisenkurse.

Table with columns for cities (Wien, London, etc.) and exchange rates.

Personalien.

Die Zuckerfabrik Frankenthal teilt uns mit, daß ihr stellvertretendes Vorstandsmittglied und technischer Leiter, Herr Dr. O. W. Spruck, zum ordentlichen Vorstandsmittglied bestellt worden ist.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Mai.

Table with columns for stations (Hilgenberg, Nezzau, Mannheim, etc.) and water levels.

Wetter-Aussichten für mehrere Tage im Voraus.

(r. B.) Unbeflagter Nachdruck wird gestattet.

24. Mai: Wolkig, teils Sonne, warm, Strichregen. 25. Mai: Kaum verändert.

